

Stahlstiftung wurde zu Erfolgsstory

Eine Notlösung von vor 30 Jahren blieb als Dauereinrichtung.

LINZ. „Wir wollten die Menschen, die damals in der Verstaatlichung-Krise ihren Arbeitsplatz verloren, bei ihrem beruflichen Wiedereinstieg unterstützen“, sagte voestalpine-Chef Wolfgang Eder Montag in Linz. 30 Jahre später ist die „Stahlstiftung“, die erste Arbeitsstiftung Österreichs, längst eine Dauereinrichtung, die von Unternehmen aus dem Umfeld der ehemaligen Vöest zur Abfederung konjunktureller Schwankungen auf dem Arbeitsmarkt genutzt wird. Sie kann eine beeindruckende Bilanz legen. Seit der Gründung wurde rund 8200 Menschen durch Workshops, Coachings, fachliche Qualifizierungsmaßnahmen und Begleitung bei der Jobsuche geholfen, eine – wie Eder das nennt – „neue berufliche Heimat zu finden“. Im Schnitt der vergangenen fünf Jahre betreute die Stiftung jährlich 450 Personen, zudem wurden 1600 Mitarbeiter in Bildungskarenz unterstützt. Finanziert wird die Stiftung heute von 80 Unternehmen. Die insgesamt 26.000 Mitarbeiter zahlen über Solidaritätsbeiträge mit. In Zukunft will man auch für aktive Mitarbeiter ein Angebot entwickeln, um, wie Bernd Dobsberger, der Geschäftsführer der Stiftung, sagte, „ihre Beschäftigungsfähigkeit zu erhalten“. **gm**

Der „Petro“ soll Venezuela retten

Mit einer Kryptowährung, die mit Rohstoffreserven des Landes gedeckt ist, will sich Präsident Maduro gegen die Staatspleite stemmen.

CARACAS. Im Kampf gegen die galoppierende Inflation und eine drohende Staatspleite will Venezuelas Staatschef Nicolás Maduro mit einer neuen Digitalwährung einen Umschwung schaffen. In seiner TV-Sendung „Domingos con Maduro“ kündigte er am Sonntag völlig überraschend die Einführung einer Kryptowährung mit Namen „Petro“ an – eine Kurzform für das Wort „Erdöl“. Venezuela hat die größten Ölreserven der Welt.

Die virtuelle Währung solle abgesichert werden mit den Ölreserven, Mineral- und Diamantvorkommen. Er wolle mit der virtuellen Währung „den Finanzkrieg“ bekämpfen, den die USA und ihre Alliierten gegen die Sozialisten angezettelt hätten. Gegen hohe Regierungsvertreter, darunter auch Maduro, waren Finanzsanktionen verhängt worden, nachdem das von der Opposition dominierte Parlament entmachtet worden war.

Mehrere Ratingagenturen sehen bereits eine Teil-Pleite in Venezuela. Als Gründe gelten Misswirtschaft der sozialistischen Regierung und auch der seit Jahren relativ niedrige Ölpreis. Wegen der rasanten Inflation steigt die Zahl der hungernden Menschen, zudem fehlen Devisen, um genug Lebensmittel und Medikamente einzuführen.

Mit dem „Petro“ soll offensichtlich versucht werden, dieses Problem zu mindern. Zudem könnten über diesen Weg entsprechende Geschäfte mit dem Ausland bezahlt werden – denn die Landeswährung Bolívar weist heuer mehr als 1000 Prozent Inflation auf, der monatliche Mindestlohn ist dadurch auf ein paar Euro geschrumpft.

Es gibt bereits Hunderte Digital-



„Der ‚Petro‘ ermöglicht uns Entwicklung.“

Nicolás Maduro, Präsident Venezuelas

währungen, die bekannteste ist der Bitcoin. Im Gegensatz zu Währungen wie dem Euro oder Dollar werden diese Währungen nicht als Scheine gedruckt beziehungsweise von Zentralbanken erzeugt, sondern mit Computern errechnet.

Das virtuelle Geld soll einen Zahlungsverkehr ermöglichen, der unabhängig von Regierungen und Banken funktioniert – in Venezuela wird der Bitcoin wegen des Verfalls des Bolívar gerade unter jungen Leuten schon länger intensiv als Alternativwährung genutzt.

Beim „Petro“ ist aber völlig unklar,

ob dieses recht einmalige Experiment eines Staates im Kampf gegen eine akute Zahlungsnot und Finanzkrise funktionieren kann. „Dies ermöglicht uns neue Formen der internationalen Finanzierung für die wirtschaftliche und soziale Entwicklung des Landes“, sagte Maduro über die Digitalwährung. „Wir nennen sie ‚Petro‘“, schwärmte er.

Maduro steht mit dem Rücken zur Wand. Zwar konnte der frühere Busfahrer nach Protesten im Zuge der Entmachtung des Parlaments mit mehr als 120 Toten und zunehmender Repression seine Macht im Innern festigen – aber er findet kein Rezept, um die brachliegende Wirtschaft wieder flottzubekommen. Nur noch wenige Fluggesellschaften fliegen das südamerikanische Land an, der Tourismus etwa auf der Isla Margarita brach zusammen.

Viele Sozialisten sollen Anleihen des Staates und des Ölkonzerns PDVSA halten, ihnen drohen erhebliche Wertverluste. Vor wenigen Tagen gab es eine ungewöhnliche Verhaftungswelle im staatlichen Erdölsektor wegen Korruptionsverdachts – gegen Dutzende Parteigänger aus dem eigenen Lager, darunter auch der bisherige Erdölminister Eulogio del Pino und der Chef des Ölkonzerns PDVSA, Nelson Martínez. **SN, dpa**

KURZ GEMELDET

Lufthansa macht EU große Zugeständnisse

FRANKFURT. Die AUA-Mutter Lufthansa erhofft sich durch den Verzicht auf Start- und Landrechte grünes Licht der EU-Kommission für ihre Übernahme der insolventen Air Berlin. „Wir übernehmen eine Niki quasi ohne Slots, wenn es dann zum Okay der Europäischen Kommission kommt“, sagte Lufthansa-Vorstandschef Carsten Spohr am Montag. Die Kranich-Linie bekam im Oktober von Air Berlin den Zuschlag für die Töchter Niki (mit rund 20 Flugzeugen) und LGW für rund 210 Mill. Euro. Wegen ihrer Bedenken hatte die Kommission Zugeständnisse von Lufthansa verlangt und dann die Prüfung bis 21. Dezember verlängert. Laut Spohr lautet der „Plan B“, wenn der Deal platze, dass Lufthansa ihr eigenes Wachstum bei der Billigflughochter Eurowings forcieren. **SN, APA**

Irland bittet Apple jetzt doch zur Kasse

BRÜSSEL. Im Streit um Steuervorteile für multinationale Konzerne will Irland nach langem Zögern ausstehende Steuermilliarden des iPhone-Herstellers Apple einfordern. Das Land wolle seinen Verpflichtungen beim Einsammeln der Gelder nachkommen, sagte Finanzminister Paschal Donohoe am Montag in Brüssel. Die EU-Kommission hatte zuletzt juristische Schritte gegen Irland vor dem Europäischen Gerichtshof eingeleitet. Die EU-Kartellbehörde hatte vor mehr als einem Jahr die Rekordstrafe von 13 Mrd. Euro gegen Apple verhängt. **SN, dpa**



Vernetzte Mobilität
Fachkongress

11. Jänner 2018
JETZT ANMELDEN:
www.carsulting.eu/kongress

Viele spannende Themen und Vortragende rund um:

„Trends und Erfolgsfaktoren der Elektromobilität“

Prof. Dr. Stefan Bratzel | Direktor Center of Automotive Management

„Die neuen Rechtspflichten nach der EU-Datenschutz-Grundverordnung“

Ronald Kopecky | CEO KOMDAT Datenschutz GmbH

„Wer die Daten hat, macht das Geschäft“

Walter Birner | Gründer CARMUNICATION, Bereitstellung von Kfz Daten e.V.

„Von der Idee zur Industrialisierung“

Markus Kreis | CEO Kreis Electric GmbH

... UND VIELE MEHR!

Alle Infos unter www.carsulting.eu/kongress



Veranstalter Carsulting e.U.
Raimund Wagner / CEO Carsulting e.U.

2. internationaler FACH-KONGRESS

„Vernetzte Mobilität“ im Rahmen der Vienna Autoshow 2018 - der größten Automobilmesse Österreichs - am 11. Jänner 2018

› ELEKTROMOBILITÄT

› DIGITALE SERVICES

› EUROPÄISCHE DATENSCHUTZ-GRUNDVERORDNUNG